

Horst Mies: Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirkes Marienwerder (1830—1870). (Studien zur Geschichte Preußens, Bd 17.) G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung KG, Köln, Berlin 1972. 309 S., 2 Abb. i. T., 2 Ktn i. Anh.

Die vorliegende Arbeit ist eine aus der Reihe mehrerer Dissertationen, die der Bonner Ordinarius Walther Hubatsch zur Erforschung der Verwaltungsgeschichte der ehemals deutschen Ostprovinzen lobenswerterweise angeregt hat. Sie schließt chronologisch an die Abhandlung von Johann Ludwig Dortans über „Die Verwaltung des westpreußischen Regierungsbezirks Marienwerder in den Jahren 1815 bis 1829“ (Bonn 1964) an. Da das Jahr 1829, in dem Ost- und Westpreußen formal zur Provinz Preußen vereinigt wurden, für die Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Marienwerder eine unerhebliche Zäsur bedeutet, war es „von den fachlichen Zusammenhängen her ... jedoch notwendig, bei fast allen behandelten Verwaltungsgebieten auf die vorangegangene Entwicklung einzugehen“ (S. 9). Der zweite Einschnitt, das Jahr 1870, ist hauptsächlich auf die Kreis- und Gemeindeordnung von 1872 sowie auf die Reichsgründung 1871 und den bald darauf einsetzenden Kulturkampf zurückzuführen.

Horst Mies stützt sich in erster Linie auf die im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin-Dahlem und im Staatlichen Archivlager zu Göttingen lagernden Akten des Oberpräsidiums in Königsberg, der Regierung in Marienwerder sowie der Landratsämter (S. 280—292). Auch das umfangreiche Literaturverzeichnis (S. 293—304) beweist, daß der Vf. seine Darstellung auf einer breiten Basis aufbaut, die es ihm erlaubt, gelegentlich sehr ins Detail zu gehen (z. B. S. 77—82). In ähnlicher Weise, wie es vor ihm schon andere Schüler seines rührigen Doktorvaters getan haben, beschäftigt er sich zunächst mit dem Land und seiner Bevölkerung, danach mit dem Verwaltungsaufbau und den leitenden Beamten sowie anschließend nacheinander mit den einzelnen Sektoren der Verwaltung: den Finanzen, der Landwirtschaft, dem Verkehr, dem Wohlfahrts- und Gesundheitswesen sowie der „Verwaltungstätigkeit im schulischen und im kirchlichen Bereich“ (S. 143). Auf die sehr gut zusammenfassende „Schlußbetrachtung“ (S. 177—179) folgt noch ein begrüßenswerter „Exkurs“ über die „Mitglieder des Regierungskollegiums in Marienwerder“ (S. 180—192), der allerdings auch schon in das bereits erwähnte Kapitel II („Verwaltungsaufbau und leitende Beamte“) gepaßt hätte.

Vergleicht man die Amtsdauer der Regierungspräsidenten in Marienwerder mit derjenigen anderer, so fällt gleich auf, daß in dem behandelten Zeitraum lediglich zwei amtiert haben, und dazu noch zwei recht unterschiedliche Charaktere, nämlich der liberale, in Minden/Westfalen geborene Jacob Freiherr von Nordenflycht (1831—1850, siehe S. 31) und der konservative, in Ostpreußen alteingesessene Botho Heinrich Graf zu Eulenburg (S. 41), der fast ein Vierteljahrhundert (1850—1874) dieses Amt bekleidete und 1867—1878 den Wahlkreis Schlochau-Flatow im Deutschen Reichstag vertrat (nicht seit 1868, wie S. 44 angegeben).

Nicht nur die Kurzbiographien der beiden Regierungspräsidenten sind sehr brauchbar, sondern auch die knappen Lebensdaten der übrigen Mitglieder des Regierungskollegiums. Lobenswert ist ebenfalls der Versuch des Vfs., die Herkunft der Landräte aufzuzeigen (S. 50 und 177—178). Gerade bei den heute immer wieder erforschten Wechselbeziehungen zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland taucht doch die Frage auf, woher die führenden Persönlichkeiten der Verwaltung kamen. Sehr aufschlußreich sind zu diesem Thema die Erinnerungen eines aus Mitteldeutschland (Heiligenstadt/Eichsfeld) nolens volens nach

Marienwerder versetzten Regierungsbeamten, des vom Vf. dreimal erwähnten Schulrats Lorenz K e l l n e r (S. 145, 161 und 185). Was dieser, „einer der ausgezeichnetsten Seminarlehrer der Monarchie“ (S. 185 und 278), von 1848 bis 1855 in Marienwerder erlebte, hat er in seinem, von Mies nicht angeführten Buch „Lebensblätter. Erinnerungen aus der Schulwelt“ (3. Aufl. Freiburg/Br. 1897) ausführlich niedergeschrieben (S. 217—239 und 280—417). Es handelt sich dabei um sehr lesenswerte und ziemlich offene Äußerungen eines Praktikers, die einen außerordentlich guten Einblick in das Leben und in die Verwaltung jenes Regierungsbezirks zu Beginn der fünfziger Jahre geben, insbesondere zu den Themen Schule, Kirche und Nationalitätenfrage, so daß sie eine brauchbare Ergänzung gerade zu den Seiten 157—168 der vorliegenden Dissertation bilden können. Ergänzend sei ferner hinzugefügt, daß zwei andere katholische Schulräte, nämlich Gustav Wanjura und Paul Schylla (S. 185), sich in Marienwerder anscheinend so gute Meriten erworben haben, daß sie von der preußischen Regierung 1885/86 als Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen vorgeschlagen wurden.¹

Einige Marginalien, insbesondere zum Formalen: Nicht wenige der bis zur Zahl 1274 (!) numerierten Anmerkungen sind so ergiebig und aufschlußreich, daß der Rezensent es bedauert, sie nicht in den Text eingebaut, sondern erst nach lästigem Nachschlagen im Anhang zu finden. Schade auch, daß die dort angeführten Personennamen nicht ins Register aufgenommen wurden. Darin sind übrigens nur in einzelnen Fällen die Vornamen angegeben, was sicher nicht nur dem Genealogen mißfallen wird. Adelsprädikate werden mal gesetzt, mal nicht, z. B. „Kehler, v., LR“ (S. 307), aber „Puttkammer, RR“ (S. 309). „LR“ dürfte Landrat und „RR“ Regierungsrat heißen. Diese und manche andere Abkürzungen (KO, KS, SR, KR, MR, BM, ALR, MittCopV) sind im Abkürzungsverzeichnis (S. 194) nicht enthalten, so daß der Leser raten muß. — Weil beide Nordenflychts so wichtige Posten bekleidet haben, sollten ihre Vornamen im Register richtig eingetragen sein: Der Regierungspräsident in Marienwerder ist trotz der einschränkenden Bemerkung in Anm. 103 auf S. 202 als Jacob (nicht als Gustav Adolf, S. 308) in die Geschichte eingegangen, und sein Sohn, der spätere Oberpräsident von Schlesien, hieß Ferdinand Otto (nicht Otto, S. 308). — S. 292 lies „Archiwum Państwowe we Olsztynie“. — S. 22, Z. 8, fehlt die genaue Quellenangabe. — Im Kapitel V („Verkehrsmäßige Erschließung des Landes und Großprojekte zur Verbesserung der Landeskultur“) hätte sich folgende Untergliederung angeboten: 1. Straßenbau, 2. Eisenbahnbau, 3. Bau von Wasserstraßen und Deichen, 4. Meliorationen. Der im letztgenannten Abschnitt erwähnte Kanal (S. 131) gehört eigentlich in den Abschnitt 3.

Zwei lose beigefügte Karten, eine „Charte vom Königlich Preussischen Regierungsbezirk Marienwerder“ aus dem Jahre 1845 und eine zweite über „Die Verteilung der Konfessionen“, die Horst Mies nach einer Vorlage aus dem Jahre 1882 selbst angefertigt hat, dienen der geographischen Orientierung.

Abschließend darf der Rezensent dem Vf. dieser trotz der kleinen Marginalien lobenswerten Dissertation zustimmen, wenn dieser behauptet, daß ihm der Regierungsbezirk Marienwerder im Vergleich zu den benachbarten Regierungsbezirken „trotz aller schematischen Behandlung durch die Zentralbehörden in Berlin als recht individuell geprägte Verwaltungseinheit“ „erscheint“ (S. 179).

1) H. N e u b a c h : Schlesische Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen, in: Beiträge zur schlesischen Kirchengeschichte, Gedenkschrift für Kurt Engelbert, hrsg. von B. S t a s i e w s k i, Köln, Wien 1969, S. 452—473; siehe S. 458—462 und 470—472.

„Die Leistung der in ihm tätigen Beamten bestand vor allem darin, daß es ihnen gelang, die zunächst so heterogenen Teile dieses neu geschaffenen Verwaltungsgebietes im Laufe der Jahrzehnte zu einem gut funktionierenden, einheitlichen Verwaltungsblock zusammenwachsen zu lassen, der bei der Reichsgründung den Anschluß an die Entwicklung in den übrigen Teilen des preußischen Ostens erreicht hatte“ (ebenda).

Zornheim bei Mainz

Helmut Neubach

Aus Brombergs Vergangenheit. Ein Heimatbuch für den Stadt- und Landkreis Bromberg. Zusammengestellt von Günther Meinhardt. Hrsg. Bidegast-Vereinigung e.V. Wilhelmshaven 1973. IV, 553 S. mit 4 Ktn und zahlr. Abb. i. T.

Rund ein Fünftel des Sammelwerkes ist Landschaft und Geschichte gewidmet. Danach folgen Beiträge zur Verwaltungsorganisation, Eisenbahn und Post, zum Militärwesen, Schulwesen, religiösen Leben, zur Wirtschaft bis zum Ersten Weltkrieg und zur Bromberger Münz- und Geldgeschichte. „Bromberg zwischen den Weltkriegen“ wird in weiteren Beiträgen aus verschiedenen Federn geschildert, wobei wohl nahezu alle wichtigeren Kulturbereiche der deutschen Volksgruppe des Raumes umfaßt werden, kaum jedoch die der nun herrschenden Polen (S. 274—439). Auf weiteren 78 Seiten werden die wichtigsten Ereignisse seit dem Kriegsausbruch von 1939 behandelt, danach auf 20 Seiten „Die Bromberger in der Bundesrepublik“. Ein Ortsverzeichnis mit deutschen und polnischen Namensformen sowie ein Nachweis der benutzten archivalischen und literarischen Quellen beschließen die Gemeinschaftsarbeit, zu der Günther Meinhardt etwa 70 Beiträge geliefert hat, da er augenscheinlich überall da einzuspringen gezwungen war, wo er keinen ortskundigen Bromberger als Bearbeiter zu gewinnen vermochte. Doch die vielen Bromberger Mitarbeiter, die großenteils auch mit mehreren Beiträgen vertreten sind, zeigen, daß in der großen Bromberger Heimatkreisgemeinschaft ein starkes historisches Bewußtsein vorhanden ist. Das Verzeichnis der benutzten gedruckten Quellen enthält mehr als 200 Titel; an archivalischen Quellen wurden solche aus Posen, Merseburg, Berlin-Dahlem und Göttingen benutzt. Dabei ist in unermüdlichem Bemühen von G. Meinhardt und seinen zahlreichen ortskundigen Mitarbeitern eine wahre Fundgrube zur Geschichte der Stadt und des Landkreises Bromberg entstanden, die unbedingt zur Weiterarbeit und Pflege der Heimatgeschichte dieses Raumes anregt.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Der Kreis Wirsitz. Ein westpreußisches Heimatbuch. Hrsg. i. A. des Heimatkreises Wirsitz von Herbert Papstein. o. O. 1973. 460 S., zahlr. Abb. u. Ktnsk. i. T. u. a. Taf., 2 Ktn a. Vor- u. Rückblatt.

Dieses Heimatbuch hat bereits derart viel Lob geerntet, daß es dem Rezensenten schwer fällt, kritische Anmerkungen zu machen. Dabei kann schon beim Untertitel „ein westpreußisches Heimatbuch“ die Kritik ansetzen. Der überwiegend von der Landwirtschaft geprägte Kreis Wirsitz (polnisch Wyrzysk) gehörte nämlich lediglich zwischen 1939 und 1945 zu Westpreußen („Reichsgau Danzig-Westpreußen“), dagegen in dem Jahrhundert zwischen dem Wiener Kongreß und dem Versailler Vertrag zum Regierungsbezirk Bromberg in der Provinz Posen.

Dem wissenschaftlich fundierten Abriss „Aus der Geschichte des Kreisgebietes Wirsitz vom Mittelalter bis 1772“ von Ernst Bahr (S. 18—29) steht leider kein